

Der Kampf um die Durchsetzung der Parteibeschlüsse ist eine Frage der politisch-ideologischen Erziehung der Mitglieder der Räte und der verantwortlichen Mitarbeiter des Staatsapparates zu aktiven Funktionären unserer volksdemokratischen Ordnung. Dieses Problem steht darum im Mittelpunkt der Parteiarbeit in den staatlichen Organen und findet seinen praktischen Ausdruck in den kritischen Auseinandersetzungen über die Durchführung der Beschlüsse. Die Qualität unseres Staatsapparates hat bereits ein solches Niveau erreicht, daß die allgemeine Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse außer Frage steht. Bei einem nicht genügenden Studium und Verstehen der Beschlüsse der Partei und auch im Verhalten gegenüber den Beschlüssen der eigenen Grundorganisation zeigt sich öfter häufig, daß es in der praktischen täglichen Arbeit zu Verletzungen des Prinzips des demokratischen Zentralismus und damit auch zur Verletzung von Parteibeschlüssen kommt.

Die Leitung der Parteiorganisation beim Rat des Bezirkes Suhl faßte zum Beispiel vor einiger Zeit einen Beschluß zur Verbesserung der operativen Tätigkeit des Rates. Dieser Beschluß war ein wichtiger Schritt zur weiteren Durchsetzung des sozialistischen Arbeitsstils beim Rat des Bezirkes. Er beschäftigte sich konkret mit der Verbesserung der Führungsarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft auf Grund der Beschlüsse des 8. Plenums des Zentralkomitees und der 9. Tagung unserer Bezirksleitung. Er forderte eine bessere Kontrolle und Hilfe für die Kreise und Gemeinden bei der Organisation der genossenschaftlichen Arbeit und die schnellere Übertragung einzelner guter Beispiele auf den ganzen Bezirk. Im Mittelpunkt stand dabei die Organisation des Kampfes um die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne der Marktproduktion und die schnellere Entwicklung der Kader auf dem Lande durch Erhöhung ihres politischen und fachlichen Niveaus. Der Beschluß enthielt sehr konkrete Empfehlungen darüber, welche qualifizierten Mitarbeiter des Rates zu diesem Zweck in die Kreise und Gemeinden zu delegieren sind.

Bei der Beratung dieses Beschlusses mit den Ratsmitgliedern und anderen verantwortlichen Staatsfunktionären zeigten sich erhebliche Unklarheiten in ihrem Verhältnis zur Durchführung von Parteibeschlüssen und damit zur Durchsetzung der Politik unserer Partei überhaupt. Einige Ratsmitglieder waren der Auffassung, daß für die Durchführung des Beschlusses allein die Abteilung Landwirtschaft beim Rat verantwortlich sei. Andere Staatsfunktionäre verdeckten ihre ideologischen Unklarheiten mit fachlichen Argumenten. So wurde zum Beispiel behauptet, daß es im Apparat des Wirtschaftsrates unmöglich sei, Kräfte für die Arbeit auf dem Lande frei zu machen, da die Planungsarbeiten drängten. Die Verantwortlichen der Abteilung Finanzen verschanzten sich hinter ein Schreiben des Ministeriums, das sich angeblich gegen derartige „fremde“ Einsätze ausgesprochen habe. Die Abteilung Handel und Versorgung dagegen müsse alle Aufmerksamkeit auf die Bildung der Großhandelsgesellschaften richten, und das Bezirksbauamt hätte seine eigenen Schwerpunkte und Sorgen. Es zeigte sich also, daß eine Reihe verantwortlicher Genossen zwar die Richtigkeit des Parteibeschlusses anerkannten, auch von der Notwendigkeit eines komplexen Arbeitsstils redeten, aber gleichzeitig versuchten, sich im konkreten Falle hinter ihren Schreibtischen zu verschanzen.

Hier war eine gründliche ideologische Auseinandersetzung notwendig, um das Verhältnis der Genossen zu den Beschlüssen der Partei zu klären. Sie fand statt und hatte auch Erfolg; denn es wurde dabei überzeugend herausgearbeitet,